

17. August 2021

## **„Hätten uns ein deutliches Signal des Regierungschefs gewünscht“: Oberbürgermeister Pütsch reagiert auf Schreiben der Umweltministerin zur PFC-Resolution aus Mittelbaden**

„Sehr gemischte Gefühle zwischen andauernder Enttäuschung und wenigstens einem kleinen Hoffnungsschimmer“, so beschreibt Rastatts Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch seine erste Reaktion auf das Schreiben vom 11. August, mit dem Landesumweltministerin Thekla Walker Stellung nimmt zur PFC-Resolution von 17 mittelbadischen Städten und Gemeinden.

Die Resolution vom 4. Juni 2021, die von Pütsch initiiert worden war, richtete sich an Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Bereits 2016 war der Ministerpräsident Adressat einer PFC-Resolution aus der Region gewesen. „Leider hat sich der Ministerpräsident auch dieses Mal wieder damit begnügt, unsere Resolution an das Fachministerium weiterzugeben. Angesichts des weiter wachsenden Ausmaßes der PFC-Verunreinigung in der Region hätten wir uns aber ein deutliches Signal des Regierungschefs in Stuttgart gewünscht“ so Pütsch.

Hintergrund des Dissenses der mittelbadischen Kommunen und der grün-schwarzen Landesregierung ist die Aufgabenteilung bei der Bewältigung der großflächigen Verunreinigung des Grundwassers in der Region mit PFC (Per- und polyfluorierte Chemikalien). Aktuell geht es um die Frage, ob dieser Grundwasserschaden in den Gewässerbewirtschaftungsplan, der nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie aufgestellt und regelmäßig fortgeschrieben wird, aufgenommen werden muss. „Dieser Schadensfall hat mittlerweile so riesige Ausmaße angenommen, dass er uns über Jahrzehnte hinweg beschäftigen wird“, so Pütsch. Dass das Land angesichts der immensen Tragweite des Themas nach wie vor nicht bereit ist, sich in der Sache zu bewegen und die PFC-Thematik in den Bewirtschaftungsplan aufzunehmen, sei unverständlich. Man habe im Verfahren über die Fortschreibung des Bewirtschaftungsplanes zweimal ausführlich zur Sach- und Rechtslage Stellung genommen, hierbei fachlich beraten unter anderem vom Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen Prof Dr. Wolfgang Köck aus Leipzig.

„Gleichwohl beschränkt sich das Land darauf, längst bekannte Argumente zu wiederholen“, kritisiert der Oberbürgermeister. Dabei werde in keiner Weise auf den Hinweis eingegangen, dass Bayern – übrigens unter Mitwirkung von Baden-Württemberg – im Entwurf eines Bewirtschaftungsplans für das Flussgebiet Donau dort vorhandene PFC-Verunreinigungen selbstverständlich berücksichtigt hat. Die Aussagen der Ministerin zum Verhältnis Wasser- und Bodenschutzrecht widersprechen außerdem einem von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz und der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser unter Mitwirkung von Baden-Württemberg zu diesem Thema verabschiedeten Papier, demzufolge sich die inhaltlichen Maßstäbe für die Sanierung von Grundwasserschadensfällen ausschließlich nach Wasserrecht beurteilen; entsprechend müsste dies dann aber auch für Planungen zur Erreichung der wasserrechtlichen Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere des guten chemischen Zustands des Grundwasserkörpers, gelten.

Die Aussage in dem genannten Schreiben, auch die Aufnahme in den Bewirtschaftungsplan würde keine anderen Maßnahmen als die nach Altlasten- und Bodenschutzrecht zulässigen nach sich ziehen können, findet das Rastatter Stadtoberhaupt zumindest befremdlich: „Wenn man das zu Ende denkt, könnte man die sehr aufwendige Bewirtschaftungsplanung auch bleiben lassen.“ Bei der Bewirtschaftungsplanung handelt es sich aber um ein zentrales Instrument der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union. Die Stadtwerke Rastatt, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Oberbürgermeister ist, haben sich deshalb an die zuständige Generaldirektion der Europäischen Kommission gewandt. Erste Signale deuten darauf hin, dass man auch dort die flächenhaften PFC-Kontaminierungen primär als Problem der Grundwasserqualität im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie sieht.

Angesichts der Vielzahl offener Fragen begrüßt Hans Jürgen Pütsch ausdrücklich den im Schreiben der Ministerin angekündigten Besuch von Staatssekretär Andre Baumann im Oktober, um sich vor Ort über die PFC-Problematik zu informieren. Sehr gewünscht hätte er sich jedoch, dass die Ministerin wegen der ökologischen Tragweite des Themas persönlich vorbeikommt. Pütsch hat sich zwischenzeitlich an die übrigen Rathauschefs gewandt, um eine frühzeitige Koordinierung des Termins und seiner Vorbereitung sicherzustellen. „Wir erwarten mehr denn je, dass die Landesregierung in diesem seit 2012 bekannten Schadensfall endlich zu einem koordinierten Handeln zum Wohle der Menschen in der Region auf Basis einer fairen Lastenverteilung zwischen den beteiligten öffentlichen Trägern kommt, so Pütsch abschließend. „Herr Baumann muss viel Zeit mitbringen, denn wir erwarten eine ausführliche Diskussion auf Augenhöhe zu allen offenen Fragen“, so Rastatts OB abschließend.